

Eine Kleingemeinde schottet sich ab

Erschwil steigt aus dem Forum Schwarzbubenland aus. Präsident Dieter Künzli warnt vor der Signalwirkung.

Bea Asper

Der Gemeinderat von Erschwil kehrt dem Forum Schwarzbubenland den Rücken. Die Kosten-Nutzen-Überlegungen hätten den Ausschlag gegeben, sagt Gemeindepräsidentin Wally Allemann. Gemäss Gemeindeordnung liege die Kompetenz beim Gemeinderat, der Austritt aus dem Verein Forum Schwarzbubenland müsse nicht von der Gemeindeversammlung abgesegnet werden.

Der Schwerpunkt des Forums liege bei der Standortförderung und der Ansiedlung neuer Unternehmungen. Dafür sei Erschwil nicht der richtige Ort, erklärt Allemann. «Wir wollen auch nicht mehr Tourismus.» In Zeiten, in denen Sparen angesagt sei, müssten Prioritäten gesetzt werden, das Geld könne besser investiert werden. «Wahrscheinlich sind wir nicht die einzigen Behördenmitglieder, die sich solche Gedanken machen», meint Allemann.

Auch Breitenbach wollte einst austreten

Dieter Künzli, Präsident des Forums Schwarzbubenland, weiss, welche Signalwirkung ein Austritt haben kann. Vor 16 Jahren war es der Gemeinderat von Breitenbach unter seiner Leitung, der den Nutzen des Forums infrage stellte und den Mitgliederbeitrag einsparen wollte.

Die Gemeindeversammlung forderte den Gemeinderat auf, den Austrittsentscheid rückgängig zu machen. In der damaligen Diskussion setzte sich die Einsicht durch, dass nicht der Austritt, sondern das vermehrte Einbringen im Vorstand und in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Forums der richtige Weg sei.

Auch das Forum gehe über die Bücher, gibt Künzli zu verstehen. «Unabhängig vom Entscheid des Erschwiler Gemein-



Aus Kostengründen hat der Erschwiler Gemeinderat beschlossen, aus dem Zweckverband auszutreten.

Bild: Kenneth Nars

derates überprüfen wir die Wirksamkeit unserer Projekte kontinuierlich.»

Seinen Schilderungen nach war die administrative Leitung des Forums im April 2026 von der Gemeindeschreiberin informiert worden, dass der Gemeinderat Erschwil eine Information über die Aufgaben und den Nutzen des Forums Schwarzbubenland wünsche. Am 11. Mai 2026 habe das Forum dem Gemeinderat die Ziele, aktuellen Tätigkeiten und den konkreten Nutzen für die Gemeinden ausführlich dargelegt und Fragen beantwortet.

«Wir mussten später zur Kenntnis nehmen, dass sich der Gemeinderat mit knapper Mehrheit für einen Austritt per Ende 2026 aussprach, um den Jahresbeitrag von 4208 Franken einzusparen», sagt Künzli. Regionalentwicklungsfunktioniere nur im Verbund – kein Ort im Schwarzbubenland sei eine Insel. «Jede Gemeinde profitiert von einer starken regionalen Wirtschaft sowie gesicherten Arbeitsplätzen vor Ort.»

Forum engagiert sich auf vielen Ebenen

Ausserdem profitieren die Allgemeinheit, der Tourismus

und die Wirtschaft von guten Verkehrsverbindungen. «Dafür setzt sich das Forum Schwarzbubenland mit viel Engagement ein.» Zudem sei das Forum auch in Erschwil mit dort ansässigen Unternehmungen im Austausch. Das Forum Schwarzbubenland generiere für alle Gemeinden der Bezirke Dorneck und Thierstein einen nachweisbaren Mehrwert. Man fördere den interkommunalen Austausch und den Abbau von Bürokratie, sagt Künzli.

Vor zwei Wochen habe das Forum Schwarzbubenland ein Unternehmen vermittelt,

das eine Zweigniederlassung im Leimental eröffnen wird. «Der grösste Engpass unserer gesamten Region bleibt die ungenügende verkehrstechnische Erschliessung», sagt Künzli. Deshalb setze sich das Forum mit Nachdruck für infrastrukturelle Schlüssellösungen ein. So mache man sich für den Muggenbergtunnel, die Umfahrung Laufen/Zwingen und die Zentrumsentlastung in Laufen stark. Künzli sagt: «Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) erkennt die Wichtigkeit des Forums als zentralen Ansprechpartner.»

Jugendliche reden in der Politik mit

Jugendpolititag Ganz im Zeichen der Solothurner Zahl 11 findet am 11.11.2026 der nächste Jugendpolititag in Solothurn statt. Es ist bereits die 19. Ausgabe des Mitmachformats. Der Tag wird im Auftrag des Departements des Innern Kanton Solothurn vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) durchgeführt.

Am Jugendpolititag erhalten Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren die Gelegenheit, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. «Sie reichen von besserer Beleuchtung der Schulwege über die Einführung von Mindestlöhnen sowie des kantonalen Wahlrechts für Personen ohne Schweizer Pass bis hin zu Präventionsangeboten zum Umgang mit sozialen Medien an Schulen», schreiben die Organisatoren in ihrer Mitteilung. Noch bis zum 27. September haben die Jugendlichen zudem Zeit, ihre Anliegen und Ideen über www.engage.ch/jugendpolititag einzureichen.

Einblicke in Polit-Alltag

Zu Beginn des Jugendpolititages treffen alle Jugendlichen aufeinander. Gemeinsam besprechen sie ihre Anliegen und einigen sich auf konkrete Umsetzungsmöglichkeiten. Anschliessend können sie diese zusammen mit Mitgliedern des Solothurner Kantonsparlaments überarbeiten. Die diskutierten Umsetzungsvorschläge werden schliesslich allen Teilnehmenden im Plenum im Kantonsratssaal vorgestellt.

Die eingebrachten Ideen haben immer wieder konkrete Auswirkungen auf die Solothurner Politik. So hat Daniel Cartier (FDP) beispielsweise letztes Jahr ein Anliegen aus dem Jugendpolititag als Anfrage an den Regierungsrat geschickt, in der er nach den Möglichkeiten für Feiertage anderer Religionen während der beruflichen Ausbildung gefragt hat. Ebenso Daniel Probst (FDP), der eine kleine Anfrage zur Bewertung des Arbeits- und Lernverhaltens im Zeugnis gestellt hat. (szr)

Gastkolumne

Die Friedenstaube und das Kleingedruckte

Neutralität gehört zur Schweiz wie Föderalismus und direkte Demokratie. Sie ist Teil unserer politischen DNA. Und sie hat unserem Land über Generationen Sicherheit, Glaubwürdigkeit und Handlungsspielraum gegeben. Gerade deshalb sollten wir vorsichtig sein, wenn wir sie in ein zu enges Korsett zwingen. Die Schweiz nutzt ihre Neutralität bis heute als flexibles Instrument ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik.

Am 27. September stimmen wir nicht darüber ab, ob die Schweiz neutral bleiben soll. Das ist sie bereits. Wir stimmen darüber ab, wie starr wir diese Neutralität künftig in der Verfassung festschreiben wollen. Die Schweizer Neutralität war nie einfach ein unveränderliches

Rezept. Das Neutralitätsrecht setzt klare Grenzen: Wir beteiiligen uns nicht an Kriegen anderer Staaten. Die Neutralitätspolitik hingegen liess der Schweiz bewusst Spielraum, auf eine veränderte Weltlage zu reagieren.

Genau diesen Spielraum würde die Neutralitätsinitiative verkleinern. Der neue Artikel 54a würde die Zusammenarbeit mit Militär- und Verteidigungsbündnissen grundsätzlich untersagen – ausser die Schweiz wird direkt angegriffen. Ein NATO-Beitritt ist schon heute mit unserer Neutralität nicht vereinbar. Aber Übungen, gemeinsame Beschaffung, Zugriff auf Frühwarnsysteme unserer Nachbarn und sicherheitspolitischer Austausch sind etwas

anderes. Wer erst zusammenarbeiten darf, wenn der Angriff praktisch vor der Tür steht, trainiert auch die Feuerwehr erst, wenn es brennt.

Auch bei Sanktionen würde sich die Schweiz stark binden. Gegen kriegführende Staaten dürfte sie grundsätzlich keine eigenen nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen mehr ergreifen. Heute entscheidet der Bundesrat von Fall zu Fall. So hat die Schweiz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die EU-Sanktionen weitgehend übernommen. Das Neutralitätsrecht wurde damit nicht aufgegeben. Bei der Annahme der Initiative hätten wir Russland nicht sanktionieren dürfen, weshalb das Vorhaben auch als «Pro-Putin-Initiative» bezeichnet

wird. Auf den aktuellen Plakaten der Befürworter steht gross: «Kein KRIEG. JA zur Schweizer Neutralität». Daneben fliegt die Friedenstaube. Einfach, sympathisch, unmissverständlich.

Nur: So einfach ist die Welt leider nicht. Natürlich will niemand Krieg. Darüber brauchen wir keine Volksabstimmung. Aber die Vorstellung, ein zusätzlicher Verfassungsartikel könne Krieg von der Schweiz fernhalten, halte ich für gefährlich beruhigend. Kein Aggressor dieser Welt studiert zuerst unsere Bundesverfassung und sagt dann: «Ach so, Artikel 54a – dann lassen wir die Schweiz in Ruhe.» Neutralität ist wichtig. Aber sie ist kein magischer Schutzschild. Sicherheit ent-

steht insbesondere auch durch eine glaubwürdige Armee, internationale Zusammenarbeit, wirtschaftliche Stärke, Diplomatie und eine regelbasierte internationale Ordnung.

Die Befürworter haben einen berechtigten Punkt: Neutralität muss glaubwürdig sein und darf nicht beliebig ausgelegt werden. Ihr Argument ist, dass eine strengere und vorhersehbarere Neutralität die Schweiz aus fremden Konflikten heraushält und ihre Vermittlerrolle stärkt. Doch Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Starrheit. Die Welt von 2026 ist eine andere als jene von 1815 – und niemand weiss, wie sie 2040 aussehen wird. Eine Verfassung sollte unserem Land Leitplanken geben,

nicht jede denkbare Reaktion auf künftige Krisen vorwegnehmen.

Ich möchte eine neutrale Schweiz. Eine selbstbewusste, berechenbare und friedliche Schweiz. Aber auch eine Schweiz, die handeln kann, wenn sich die Welt verändert. Die Friedenstaube darf frei sein. Die Schweiz sollte auch frei sein.



Simon Michel ist Unternehmer und Solothurner FDP-Nationalrat.